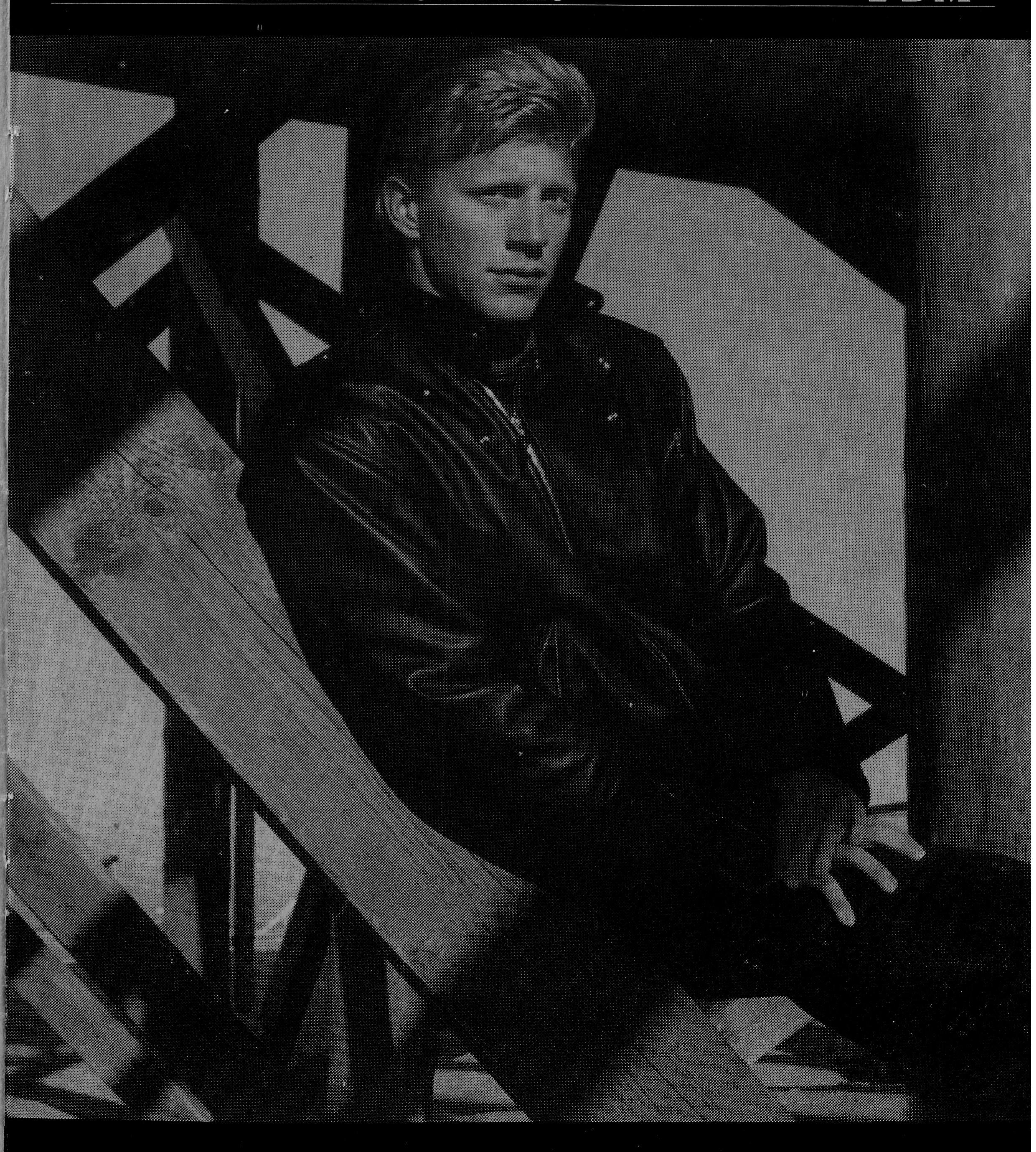
INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 88

1. Februar 1990

Vorwort:

Nicht nur uns ließen die Veränderungen und Äußerungen zur Hafenstr. von Boris Becker aufhorchen - deshalb veröffentlichen wir exklusiv für euch das komplette Interview aus "Sports".
Zu dem Hinweis aus der letzten Nummer, daß Info-Läden und Info-Cafes (egal ob in der BRD oder der DDR, in der Schweiz oder Österreich) unser Blättchen kostenlos zugeschickt bekommen, möchten wir noch bemerken, daß so ganz ohne Eigeninteresse das nicht ist: wir hoffen schon, daß ihr uns euer regionales Blättchen (falls vorhanden) oder zumindest aktuelle Flugis, Aufrufe, etc. zuschickt.
Trotz unseres Aufrufes in der letzten Nummer nach Fotokopien der Schreiben des VS hat uns noch keine erreicht - wär Toll.
Briefe, Beschwerden und sonstige Post (keine Einzelabos, erst ab 5 Exemplare) an:

INTERIM
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

INHALTSVERZEICHNIS:

ORDNERVERZEICHNIS:
Redebeiträge der 129a Veranst. anf.Dez./Marheinikekirche
Interview mit Angehörigen der GRAPO + PCE
Grußadresse wg. Botan-Durchsuchung der Demo am 27.1.

...hier ist er endlich
der **FRAUENABEND** im
SYNDIKAT
Weisestr. 56

Tapas (Schnittchen), Tanz und Taumel!

am Sonntag, den 4.2.90
pünktlich um 19³⁰, für die, die am DOPPELKOPFTURNIER teilnehmen wollen (kein Zwang, Billard u. andere Spiele sind vorhanden.).

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

200 Seiten sind nicht genug !

Wir befassen uns in diesem Papier mehr oder weniger mit einem einzigen Aspekt des RZ-Papiers (Interim 82). Es geht dabei um einen Punkt, den wir als Fehler sehen bzw. als grobe Unachtsamkeit.
Vorsichtshalber schicken wir voraus, daß wir uns nicht wie die GeierInnen auf einen Schwachpunkt von anderen stürzen wollen, ohne uns für alles andere, was in dem Papier steht, zu interessieren.
In dem Papier stehen ne Menge interessanter Analysen, Vorschläge, womit wir teilweise übereinstimmen, teilweise auch nicht. Einiges finden wir gut auf den Punkt gebracht (z.B. Ursachen für die Schwierigkeiten und Perspektivschwächen linksradikaler, militanter Politik), zu anderen Punkten haben wir Widersprüche (z.B. finden wir die "Radikale Linke" nicht so wichtig, wie die RZ).
Um all das soll es im folgenden nicht gehen.
Der Aspekt, um den es uns geht, ist eher von praktischer Natur.
Wir konzentrieren uns darauf, weil es dabei um Wesentliches/Grundsätzliches bei der Entwicklung einer militanten Praxis geht und weil dazu in der Diskussion über das Papier noch nichts gesagt worden ist (in den bisherigen Kritikpapieren taucht dieser Punkt nicht auf).

Noch was vorweg: Wir haben uns überlegt, ob wir das Papier in der direkten Anrede schreiben (hallo ihr RZ!), haben uns dann aber anders entschieden, weil wir keinen Gruppendialog führen wollen, sondern wir richten uns an die linksradikale Allgemeinheit (die RZ eingeschlossen). Wir wollen unabhängig von der Gruppe, die das Papier geschrieben hat, eine Herangehensweise kritisieren.

Nun aber zur Sache.
Wenn wir richtig verstanden haben, stellt die RZ ihren militanten Ansatz vor und bezieht sich dabei ziemlich stark auf eine bestimmte Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen - Stichwort "Postfordismus". Diese "postfordistischen" Veränderungen haben Auswirkungen auf die sozialen Strukturen innerhalb der verschiedenen Regionen der BRD (Nord-Süd-Gefälle) bis hinein in die Stadtteile der einzelnen Städte.
Die RZ kann sich ihren Ansatz allerdings nur in jenen Regionen vorstellen, die noch nicht vom "Postfordismus" umgestülpt sind. (Berlin und Hamburg).
Daraus ergibt sich für die Praxis zweierlei.
1. ein direkter Bezug auf die aktuellen Kämpfe in einzelnen Stadtteilen bzw. Regionen (z.B. wenn besetzte Häuser durch die Repression in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, dann haut die RZ oder andere den Spekulanten auf den Deckel). Theoretisch gibt es da sicher zahlreiche Möglichkeiten und es müssen auch nicht immer die Aktivitäten einer autonomen Scene sein, auf die sich militante Aktionen beziehen können (z.B. Kampf gegen steigende Mieten).
Praktisch sieht die Sache etwas anders aus. Denkt man hier den Gedanken eines direkten Eingreifens in aktuelle Konflikte konsequent weiter (z.B. räumungsbedrohtes Haus - Besuch bei den Verantwortlichen), so erscheint es fraglich, ob sich eine solche Praxis (zumindest längerfristig) durchhalten läßt. (dazu noch später)
2. "...die boomenden Sektoren des Postfordismus und seine ideologischen Protagonisten praktisch anzugreifen..." (Zitat aus dem RZ-Papier) bietet reichlich Auswahl an Objekten und ist unserer Meinung nach auch nicht regional beschränkt (es könnte doch sein, daß gewisse politisch und/oder wirtschaftlich Verantwortliche für die Umstrukturierung in einer Region ihren Sitz oder andere Objekte in ner ganz anderen Region haben). Auch "politische Protagonisten des Postfordismus" (unmögliches Wort) muß man nicht unbedingt im Rathaus Schöneberg suchen.
Die Grenzen, die möglicherweise durch die Repression gesetzt werden, liegen hier nicht so eng, wie beim direkten Bezug auf aktuelle Stadtteil- bzw. regionale Kämpfe.

T.K.

Soweit wir das beurteilen können, ist das das erste mal, daß eine Gruppe, die sich RZ nennt, bevor noch irgendwas gelaufen ist, bekannt gibt
- zu welchem Thema sie aktiv sein will
- in welcher Stadt sie aktiv sein will
- welche Art von Aktionen sie machen will ("...wenn wegen ihrer Überwachung Hausbesetzern das Vorgehen gegen ihre Spekulanten unmöglich ist, so ist dies für uns möglich." Zitat aus dem RZ-Papier).

Wir finden diese Vorgehensweise nicht offensiv, sondern eher kontraproduktiv. Zu was soll das gut sein, sowas so vorschnell rauszuposaunen ?

Wir fragen uns das aus ner praktischen Position heraus, da wir nämlich auch für ne militante Stadtteilpolitik sind. Vor allem bzgl. Punkt 1 wird die Praxis zeigen, wie weit wir gehen können.

Darüber, ob Vorschläge zu militanten Politikansätzen zuerst veröffentlicht werden, oder erst im Laufe von/nach einigen Aktionen läßt sich streiten. Wir finden letzteres besser, weil damit wenigstens die Gefahr gebannt ist, von Anfang an nur einen militanten Papiertiger organisiert zu haben, wo heiße Luft statt Rauchschwaden gen Himmel steigt.

Wir haben das Gefühl, daß das Papier der RZ mehr aus einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und einer Portion Wunschdenken heraus geschrieben ist, als aus einer praktisch durchdachten Vorstellung, wie das angekündigte Vorhaben sich umsetzen läßt.

Wo es uns zu dicke kommt, ist, wenn ein militanter Politikvorschlag, wie ihn das RZ-Papier vermittelt, so konkrete Hinweise enthält wie dieser.

Wir halten die Berlin- bzw. SO36-Fixiertheit für einen taktischen Fehler (fast alle Beispiele in dem Papier sind aus Westberlin, und die RZ macht auch keinen Hehl daraus, daß auch sie aus Westberlin ist).

Da wäre es doch taktisch schlauer gewesen, keine konkreten Hinweise zu geben solange das zur politischen Erklärung des Ansatzes nicht notwendig ist.

(Mit praktischen Tips hat das nichts zu tun, weil die ja zum Glück nicht regional beschränkt sind).

Konkret heißt das, die RZ hätte ihr Papier auch so halten können, daß nicht mal klar ist, aus welcher Stadt es kommt und auch nicht, wo mit den nächsten Aktionen zu rechnen ist. Die zahlreichen, offensichtlich beabsichtigten Hinweise auf Westberlin finden wir, was das Anliegen des Papiers betrifft, nicht notwendig und daher überflüssig. Klar, ein Strategievorschlag sollte Beispiele zur Veranschaulichung enthalten und den Eindruck vermitteln, daß hier von was gesprochen wird, was sich auch umsetzen läßt, um so auch mobilisierend zu sein.

Es muß doch aber möglich sein, diesen Kriterien zu genügen ohne daß fast jedes Beispiel in Kreuzberg 36 handelt und das Papier den Eindruck vermittelt, daß es irgendwo aus der Gegend zwischen Oranienplatz und Oberbaumbrücke kommt.

Wenn es nicht möglich ist, so einen Vorschlag so zu entwickeln, daß er sich zumindest auf mehrere Regionen bezieht und auch offenläßt, wo genau er herkommt, dann ist es eben keine militante "Antipostfordismusstrategie" sondern eine militante Stadtteilstrategie für Kreuzber 36 mit einigen außerkreuzbergerischen Außenposten. Selbst wenn wir die Frage "was ist mit den südlichen Regionen und mit der Provinz ?" mal beiseite lassen und uns auf einige Ballungsgebiete konzentrieren, so heißt das noch lange nicht, daß die praktischen Beispiele so kreuzbergzentriert sein müssen (rühmliche Ausnahme in dem RZ-Papier: die Flora Kämpfe und die Bronx-Aktion in Hamburg).

Aber irgendwo steckt da auch ein Widerspruch drin, wenn die RZ schreibt, ihr Vorschlag wäre nicht auf einen Kiez beschränkt, wenn sie gleichzeitig schreiben, daß sie sich ihren Ansatz gegenwärtig nur in Westberlin und Hamburg vorstellen können.

Ob der Ansatz nun beschränkt ist oder nicht, läßt sich jedenfalls nur praktisch feststellen.

Vielleicht taugt militante Stadtteilpolitik auch nicht für ne verallgemeinerbare Strategie, was aber noch lange kein Grund ist, auf den Widerstand in den Quartieren (wie es in Italien heißt) zu verzichten.

Daß es wichtig ist, überall dort, wo es überhaupt möglich ist, sowas wie ne Verankerung und Sympathie für linksradikale Werte und Inhalte zu erreichen, auch weiterzumachen, steht außer Frage. Und in einigen Stadtteilen/Regionen ist es eben möglicher als in anderen.
Wir vermuten, daß die bereits gelaufene jahrelange Praxis die Voraussetzung dafür ist, daß jetzt verstärkt Leute und Gruppen auf die Idee kommen, in der Verankerung in den Stadtteilen eine politische Perspektive zu sehen. In Westberlin läuft dazu ja schon seit einigen Jahren was.
Darauf aufbauend eine Kampagne zu machen, (wie in der Interim 84 vorgeschlagen wird) wo sich die jeweiligen Aktionen und Aktivitäten darauf beziehen, finden wir gut. Diese Kampagne wird dann entweder in mehreren Städten und Regionen aufgegriffen oder nicht, das wird sich zeigen (natürlich müßten wir dafür auch was machen, z.B. Propaganda über die Grenzen von Kreuzberg hinaus).
Da es sich um einen militanten Ansatz handelt, heißt das, daß neben den politischen Inhalten von Anfang an auch militante Aktionen miteingeschlossen sind.
Wir sehen allerdings keine Notwendigkeit, sich RZ zu nennen, um einen solchen Ansatz zu propagieren.
Grundsätzlich ist es Sache der jeweiligen Gruppen, wie sie sich nennen, doch könnten wir uns vorstellen, daß es durch einen inflationären Gebrauch der bestimmten zwei Buchstaben eher zu politischer Verwirrung als zu politischer Gemeinsamkeit und Klarheit kommt (neun Gruppen - zehn Strategien) - aber das ist spekulativ.
Am sichersten können wir dieser Frage begegnen, wenn wir von uns selbst ausgehen. Wir würden uns nicht RZ nennen, um einen politischen Ansatz vorzustellen, weil es unserer Meinung nach klüger ist sich nicht derart ins Rampenlicht der linksradikalen und sonstigen Öffentlichkeit und des Bulleninteresses zu stellen, bevor überhaupt Aktionen gelaufen sind.
Eigentlich müßten die Ideen eines Papiers unabhängig vom Namen der druntersteht politische Diskussionen voranbringen. Wir sehen allerdings, daß das RZ-Papier einiges an Diskussionen ausgelöst hat (nachzulesen seit Interim 82). Wer weiß, ob das so gekommen wäre, wenn das Papier anders unterschrieben worden wäre. Es ist möglich, daß der Name (mit) ausschlaggebend war dafür, daß das Papier so ernst und wichtig genommen wird. Fraglich ist aber, ob diese Dikussion nicht ein "Kunstprodukt" ist, daß ohne Folgen bleiben wird. Aber dafür kann man eigentlich nicht nur die RZ kritisieren. Schließlich hätten sie uns in so einem Fall nur einen Spiegel vor Augen gehalten und gezeigt, auf was die Scene so anbeißt.
Wir stimmen mit der RZ in der Einschätzung überein, daß wir als Bewegung derzeit nicht so toll dastehen, weder organisatorisch noch in unseren politischen Perspektiven. Aber wir zweifeln daran, ob sich das durch Absichtserklärungen - was praktische Aktionen betrifft - ändern läßt.
Zum Schluß noch in aller Kürze was zum Kampagnenvorschlag "Klassenkrieg 90" in der Interim 84.
1. Den Vorschlag einer Kampagne finden wir gut.
2. Das Motto "Klassenkrieg 90" finden wir nicht gut. Wenn die Kampagne tatsächlich für antipatriarchale Kritik offen sein soll (wie im letzten Abschnitt des Papiers behauptet wird), dann ist es nicht möglich einen Titel zu nehmen, der ein geschlechtsneutrales revolutionäres Subjekt - die Klasse - vortäuscht und damit den Geschlechterwiderspruch wieder mal als Nebenwiderspruch unter den Tisch kehrt. Wir haben aber auch noch keinen guten Vorschlag, sondern grübeln noch rum.
3. Diese blödsinnige Anspielung, es könnte ja auch der VS hinter dem Papier stecken, finden wir unsolidarisch. Ebenso verhält es sich mit dem Spruch, die Gruppe hätte sich mit dem RZ-Papier die Langeweile am Donnerstag vertrieben.
Die Unverbindlichkeit und Konsumhaltung in der Scene ist schon schlimm genug. Da muß man nicht auch noch mit solchen Bemerkungen über anderer Leute Papiere herfallen. Ihr verwechselt Zynismus mit Humor.





die RuckiZuckis

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA!

Der folgende Redebeitrag wurde von Hans Brandscheid von medico international auf der Anti-Shell-Veranstaltung am 13.12 im EX gehalten. Er beschreibt darin die Schwächen der bisherigen Südafrika-Solidarität in der BRD, deren inhaltliche Ausrichtung er kritisiert, da sie den von ihm erwarteten Veränderungen in Südafrika nichts entgegensetzen kann. Diese Entwicklung beinhaltet eine weitere Spaltung der südafrikanischen Opposition zum einen in jene, die sich in Reformen der Regierung De Klerk und des internationalen und südafrikanischen Kapitals einbinden lassen, und zum anderen in Basisgruppen, deren sozialer oder sozialrevolutionärer Widerstand gebrochen werden soll. Wir halten den Redebeitrag für eine wichtige Diskussionsgrundlage um hier den Widerstand gegen die Profiteure der Apartheid zu entwickeln. Er ist die notwendige Ergänzung der Redebeiträge holländischer GenossInnen (s.INTERIM 85); die sowohl die Geschichte als auch die Schwierigkeiten und Widersprüche innerhalb der holländischen Anti-Shell-Kampagne beschreiben.
Auf dem Nachbereitungstreffen der Tankstellenblockade wurde beschlossen, Shell durch weitere Aktionen das Geschäft in Südafrika zu vermiesen. Im Gespräch sind die Beteiligung an der Protestaktion mehrerer Anti-Apartheids-Gruppen gegen den Südafrikastand auf der ITB und weitere Blockaden von Shell-Tankstellen oder ähnliches in den nächsten Monaten (z.B. am 28.4. oder 16.6. wie es holländische GenossInnen vorschlagen, s.INTERIM 87). Wer/welche Ideen und Lust hat, sich an der weiteren Vorbereitung zu beteiligen, sollte zum nächsten Treffen am 9.2. um 18.00 ins LAZ, Cellestr.22 1/62, kommen.

Wenn ihr einverstanden seid, würde ich am liebsten ein paar negative Sachen sagen. Negative Sachen einmal zum Bild über die Realität in Südafrika, das in den letzten Jahren hier entwickelt wurde, das uns bekannt geworden ist. Und zum zweiten Sachen über die bisherige Solidarität oder Solidaritätsbewegungen zu Südafrika in der Bundesrepublik und in Westberlin, von der ich behaupten würde, daß sie nie sonderlich erfolgreich gewesen ist.Wenn ich meine, daß die Solidaritätsbewegung nicht sonderlich erfolgreich gewesen ist in den letzten Jahren, dann soll das nicht mißverstanden werden. Ich meine damit auf keinen Fall, daß ich breitere Demos vermissen würde, spektakuläre Kampagnen oder ein mehr an "Free-Mandela-T-Shirts" für alle Schulklassen und solche Dinge. Also etwa eine Bewegung oder die Formulierung einer Bewegung, wie sie in den USA oder Großbritannien sehr viel auffälliger und in diesem Sinne sehr viel breiter und deutlicher gewesen ist, sondern ich würde einen inhaltlichen, einen qualitativen, einen politischen Mangel an der bisherigen Solidaritätsbewegung feststellen, ungeachtet all der unermüdlichen Kampagnen, die stattgefunden haben von Leuten der Anti-Apartheidsbewegung oder von Menschen aus der evangelischen Frauenarbeit. Dieser Mangel läuft darauf hinaus, daß wesentlich eben nur ein formales Bild der Apartheid entwickelt worden ist. Ein formales Bild der Apartheid eben, das in der Bundesrepublik und nicht nur hier auch kulturindustriell ausgenutzt werden konnte - etwa in Filmen wie "Cry for Freedom" oder andere Dinge, die sich dann an ein sehr bürgerliches Publikum gewendet haben und auf eine sehr schlechte, sentimentale Weise die Tatsache des Rassismus und der Unterdrückung in Südafrika eben nur festgemacht haben an unterschiedlich zu benutzenden Parkbänken, an den Badestränden, von denen die Schwarzen bisher ausgeschlossen waren, an Kinos und Sportveranstaltungen, die eben durch Apartheid aufgeteilt worden sind. Das sind natürlich Dinge, die berechtigerweise zu kritisieren sind. Es ist auch richtig, daß es gesagt worden ist.

Aber diese Kritik an der Apartheid, das wissen wir eigentlich alle, war auf einen derart breiten gesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik gegründet, daß auch jeder SPD-Funktionär bereitwillig darin einstimmen konnte, daß jedes Mitglied irgendeiner bürgerlichen Partei von CDU bis CSU in irgendeiner Weise mindestens hundert Mal etwas gegen Apartheid sagen konnte, sich offen hinstellen konnte, sich quasi demokratisch legitimieren konnte und sagte, er/sie sei auch gegen Apartheid. Und dabei ist es geblieben. Das ist ein Problem. Etwas überspitzter noch gesagt: gegen die Apartheid in Südafrika durfte man einfach sein, das war sozusagen ein staatsoffizieller, eine Art von erlaubter Protest. Und noch etwas überspitzter gesagt: in Bezug auf Südafrika, genauer in Bezug auf die Ausbeutung der Schwarzen, durfte man sogar von Ausbeutung reden, durfte man sogar von Kapitalismus reden. Eben, weil es sich nicht um das moderne Kapital in Südafrika handelt, sondern weil es um einen Anachronismus ging, um etwas historisch überfälliges, nämlich die Burenherrschaft. Deswegen eben konnte auch jeder SPD-Politiker an dieser Stelle einmal fett und laut gegen Ausbeutung wettern, dann wenn sie in Südafrika stattfand. Und in diesem Sinne, war dieser Protest gegen die Apartheid eine Ablenkung vom zeitgenössischen, vom tatsächlich wirksamen Imperialismus. Im Sinne auch eine Erleichterung für die Herrschenden in den Industrieländern, weil dort eben einmal, sozusagen wie simuliert, die Kritik an Ausbeutung und

ten, was danach sein soll. Obwohl meines Wissens bislang kaum Massendiskussionen und -prozesse stattgefunden haben, durch die bestimmt würde, wie die Zeit nach der jetzigen Apartheid aussehen soll.

Um Beispiele zu nennen: die ANC-Leute oder die Vertreter gewisser Teile der schwarzen Opposition, mit denen ich reden konnte, sagen alle, daß spätestens in den nächsten anderthalb Jahren irgendeine sehr wesentliche Entscheidung in Südafrika gefallen ist. Ich will mich jetzt gar nicht differenziert darauf einlassen, was es sein könnte. Aber immerhin sind sich alle Beteiligten einig, interessanterweise sowohl die Opposition als auch ihre Gegner, die burischen Politiker, in spätestens anderthalb Jahren ist entscheidendes geschehen: eine neue Situation in Südafrika und damit wäre die Post-Apartheidszeit angebrochen. Irgendwo scheint dies sehr widerspruchsfrei durchzugehen. Irgendwo scheint dies sehr selbstverständlich zu sein. Irgendwo finden offenbar Gespräche statt - einige werde ich auch noch nennen -, wo solche Voraussetzungen bereits diskutiert werden. Und das einzige erfreuliche für mich und wahrscheinlich auch für uns alle war, daß am letzten Wochenende die von der Taz mal wieder überhaupt nicht beachtete große Konferenz fast aller Oppositionsgruppen Südafrikas es nicht dazu hat kommen lassen, daß Leuten etwa wie Bösak (? d.S.) vom evangelischen Kirchenrat oder auch anderen Leuten vom ANC eine Blankovollmacht ausgestellt wird für solche Verhandlungen mit der Regierung in Pretoria, unter Anteilnahme bestimmter internationaler Regierungen und Parteien. Sondern daß die dort Anwesenden klar darauf bestanden haben, daß es um soziale Forderungen geht, daß eine Diskussion darüber stattfinden muß und daß gewisse Mandate, die man sich dort erteilen lassen wollte, nicht ausgeteilt worden sind.

Andererseits hat es in aller Stille - nicht ganz in aller Stille, denn es ist darüber berichtet worden- Treffen gegeben in der letzten Zeit in der Schweiz, in London und interessanterweise auch in Trier zwischen führenden Vertretern des ANC und Vertretern des südafrikanischen Kapitals -in Trier auch unter starker Anteilnahme von Vertretern aus der Sowjetunion-, die offensichtlich darauf gedrängt haben, eine solche Lösung durchzuführen, die zunächst nichts anderes bedeutet, als daß es ein Wahlrecht geben wird, daß ein Teil der Rassegesetze aufgehoben werden, daß aber nicht eines der sozialen Probleme, der konkreten Demokratisierungsforderungen angeschnitten werden, um die es eigentlich geht. Bei diesen Gesprächen ist sehr stark der Einfluß der USA, Großbritaniens und am Rande auch -aber nicht gering- der BRD bemerkbar. Was mich daran stört ist, daß ANC-Leute, mit denen man darüber in der letzten Zeit reden konnte, das nicht nur tun im Sinne, daß jetzt Lösungen anstehen und man auf diplomatischer Ebene verhandelt, sondern daß die einzige Konkretion, die ihnen dazu einfällt, die ist, wie man z.B demnächst das Gesundheitsministerium aufteilt. Also wieviele Teile verschiedener administrativer Apparate und Verwaltungen jetzt wem zufallen sollen, wie man das mit der Polizei macht, ob man jetzt schon in Lusaka ein Planungs- und Entwicklungsministerium schaffen soll und ähnliche Dinge. Wo es also darum geht, auf irgend-



einer diplomatischen Ebene mit der Burenvertretung für die Zukunft die neuen Strukturen auszuhandeln - natürlich nicht für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Ich denke, das ist sehr bedenklich, auch wenn man an Namibia denkt. Ein schlechtes Beispiel deswegen, weil die Massen, die Organisationen und auch die Gewerkschaften überhaupt nicht oder nur sehr wenig in die Diskussionen einbezogen wurden und auch keine Entscheidung darüber hatten, wie sich die Zukunft nun für sie gestalten soll.

Ich gebe gerne zu und tue dies auch bewußt, daß all das etwas überspitzt sein mag. Das letzte Wort dazu ist auch noch gar nicht gesagt worden und keiner weiß genau, wie sich die Dinge entwickeln werden. Ich erwähnte auch nicht umsonst die von mir sehr positiv gesehene All-Oppositions-Konferenz vom Wochenende. Aber gehen wir doch ruhig einmal - und deswegen sagte ich, ich wolle negativ über die Dinge sprechen - von der schlimmeren Möglichkeit aus. Dann steht auch der internationalen und der europäischen Solidaritätsbewegung eine neue große Enttäuschung ins Haus, sicherlich auch ein Trauma. Keine revolutionäre Hoffnung für das ganze südliche Afrika, nicht einmal ein neues Nicaragua könnte dort entstehen, woran sich eine Solidaritätsbewegung - vergleichbar mit dem mittelamerikanischen Land - beteiligen könnte. Weil keine solidarische Partizipation für die Bevölkerung ermöglicht ist und weil keine strukturelle Befreiung im ganzen südlichen Afrika als demokratische und antikapitalistische Alternative eröffnet wird, sondern weil letzten Endes und Schlimmstens nur eine Version modern angepaßter, kapitalistischer Herrschaft mit den üblichen Bestandteilen dessen, was man so gerne parlamentarische Demokratie nennt, herauskommen könnte. Bekannt ist auch-und deswegen ist es vielleicht doch nicht so übertrieben -, daß gerade die "fortgeschrittensten" Spitzen des südafrikanischen Kapitals, die De Beers und Rembrandts, schon seit Jahr und Tag am wenigsten Schwierigkeiten haben, mit Vertretern der schwarzen Opposition, speziell mit der des ANC, über solche Dinge zu reden. Und wenn mich nicht alles täuscht, ist man auf dieser Ebene am weitesten gekommen. Und eigentlich sind es nur noch die Idiotenköpfe in der Burenregierung, also wirklich die alten Hardliner, die bisher den Widerstand dagegen ausgeübt haben. Abgesehen natürlich von den schwarzen Oppositionsgruppen, die sich eine ganz andere Entwicklung für Südafrika vorstellen.

Das führt mich auf den eingangs entwickelten Gedanken zurück, daß die Südafrika Solidarität hier nie wirklich gesellschaftsbezogen, nie wirklich antikapitalistisch gewesen ist, sondern sich eben an diesem burischen Eigensinn, an diesem burischen Trotz, eben an diesem speziellen burischen Rassismus geschärft hat, den auch die modernen Kapitalfraktionen ja gar nicht mehr wollen. Daß man also tatsächlich Gefahr laufen kann, wenn man nicht aufpaßt, daß man offene Türen einrennt, wenn man die Apartheid nur so bekämpft, wie es letztendlich dem Kapital für Südafrika und nicht nur dort nur recht sein kann. Die denkbaren sozialen Konsequenzen einer solchen Lösung können nur verheerend sein. Im Wesentlichen läuft eine solche Lösung auf die übliche Sozialisierung der Armut und des Elends hinaus, während die Ressourcen, der Reichtum, die objektiven wirtschaftlichen Voraussetzungen weiterhin bei den Reichen bleiben. Ja sogar unter diesen neuen Bedingungen zu einer neuen Blüte führen dürften.

Ich bin neulich in einem anderen Gespräch mit einem Menschen vom ANC sehr enttäuscht gewesen, als wir über die aktuellen Boykott- uns Sanktionsforderungen sprachen, die ja immer noch aufrecht erhalten werden. Er sagte: "Na gut, das hat zwei Seiten. Wir ziehen diese Forderungen nicht zurück, wir halten sie aufrecht, aber überleg dir mal, das ist doch Desinvestment." Damit meinte er, daß eben ein Teil des südafrikanischen Kapitals sein Geld im Moment noch sehr viel lieber in London oder in der Schweiz oder sonstwo anlegt, daß Geld aus Südafrika abgezogen wird. Und sagte weiter: "So ganz recht kann uns das ja nicht sein. Wenn das Geld weg ist, fehlt es uns ja später in der Post-Apartheidszeit." Diese Ambivalenz, die sich darin ausdrückt, ist eben wirklich ein Kennzeichen des Umgangs einiger Fraktionen der schwarzen Opposition mit dem, was da ganz handfest auf sie zukommt . Die Sozialisierung des Elends, die auf die schwarze Bewegung und natürlich auch auf den ANC zukommen würde, ist ein sehr hoher Preis. Man könnte sich vorstellen, was man bekäme: man bekäme Soweto, man bekäme auch die Polizeihoheit in den Slums und in den Homelands, die Sozialverwaltungen, das Arbeitsministerium, man bekäme alle diese nicht profitablen, nicht rentablen Bereiche, all diese unangenehmen Bereiche, das Sozialwesen. Und man müßte nun mit dem Elend umgehen, aber nicht mehr gegen die Buren, sondern im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Man kann sich sofort vorstellen, daß eine Migration stattfinden würde, eine Fluchtbewegung der Wanderarbeiter, die ehemals noch durch die Influx-Kontrollgesetze (?) zurückgehalten worden sind. Die natürlich sofort in einem demokratisierten oder nur etwas veränderten Südafrika in die Städte strömen dürfen und die nun zurückgehalten werden müssen. Und dann würde eben nicht mehr die burische Polizei, sondern gezwungenermaßen andere sie zurückhalten.

In diesem Zusammenhang war in dem Gespräch dann auch die Rede von etwa 4-5 Millionen LumpenproletarierInnen, so wörtlich. Dieser Vertreter sagte, das sind Leute, mit denen selbst wir nicht mehr politisch arbeiten können, mit denen werden wir große Schwierigkeiten haben. Es ist wirklich entsetzlich, daß auch Befreiungsbewegungen etwas tun, was modernerweise internationale Flüchtlingspolitik tut: daß man gewisse Gruppen einfach abschreibt und von vornherein als nicht mehr sozial relevant taxiert. Wenn dies mit Post-Apartheidszeit gemeint ist, dann ist dies außerordentlich bedenklich. Es gibt für das, was ich sage, Beweise. Es gibt ein paar sehr wichtige Einrichtungen - den KAGISO-Trust (?) oder SANAM (?) . Hinter diesen merkwürdigen Kürzeln ver-

bergen sich europäische Hilfsorganisationen und ihre südafrikanischen Partner, alles Partner aus dem Bereich der Kirchen, aus dem Bereich der Opposition und des Widerstands. Also nicht irgendwelche bürgerlichen oder liberalen Einrichtungen, sondern Institutionen, die von der EG finanziert werden, aus dem sogenannten EG-Sonderfond für die Opfer der Apartheid. Das ist ein millionenschweres Unternehmen. All diese Einrichtungen bereiten sich bereits vor auf eine total zentralistische Entwicklung in der Post-Apartheidszeit. Das heißt, das ist ein Trend, der auch gegen die vielen kleinen Einzelinitiativen geht, ob sie nun Sozialpolitik machen, ob sie sozialrevolutionär arbeiten, ob sie irgendwo kleine Werkstätten eingerichtet haben oder ob sie im medizinischen Bereich tätig sind, eine Basismedizin aufbauen. Dadurch, daß die Kohle nicht mehr einzelnen sozialrevolutionären Gruppierungen der Basis gegeben werden soll, sondern nur noch in Programmen zusammen vermittelt wird, ergibt sich ein Steuerungseffekt von großen Programmeinheiten, von einer von oben geplanten Entwicklung, die auch mit Hilfe der EG betrieben wird. Das heißt, über solche Gelder bekommen natürlich auch die EG-nahen Regierungen ihren Einfluß auf die Entwicklung Südafrikas. Das ist ein Programm, das längst schon läuft, was also nicht erst in der "Nach-Arpeitheidszeit" stattfindet und diese Programme werden natürlich auch nicht zur Kenntnis genommen, obwohl sie jetzt schon Tatsachen schaffen.

Ich glaube, wir haben Grund, uns bei allem, was wir jetzt tun in der nächsten Zeit, mit einer solchen, möglichen Entwicklung auseinanderzusetzen, die ich vorsichtig nochmals als Tendenz bezeichne. Und ich weiß, daß solche Worte von einigen sehr übel genommen werden können, als eine Möglichkeit jedoch zu sehen sind, bei der sicherlich noch einiges offen ist. Und ich will nicht behaupten, daß alles so kommt, wie ich es tendenziell beschrieben habe und auch so nicht hoffe. Ich denke aber, daß es darum geht, daß wir ein ganz wichtiges Stück bei der Südafrika-Solidarität, ein ganz wichtiges Stück der revolutionären Solidarität retten, erhalten und natürlich auch entfalten und erweitern müssen durch unsere Argumentation in der antiimperialistischen Sphäre, bevor am Ende wieder einmal eine große Enttäuschung eintritt, die dann natürlich auch immer die Solidaritätsbewegung verheerend trifft, die auch immer ein Rückschlag für alle nicht-reformistischen, internationalistischen Gruppierungen ist.



Jetzt komme ich auf den eigentlichen aktuellen Punkt zu sprechen, auf die SHELL-Kampagne und auch auf andere Dinge, also auf das was wir von medico aus machen, wie die taz-Anzeige vom Montag. Ich glaube, daß es bei den Kampagnen in der Zukunft darum geht, wirklich neue Kräfte der Südafrika-Solidarität zu schaffen. Wirklich neue Kräfte, die auch an der alten Orientierung a la "Cry for Freedom" nicht mehr blockiert sind und dadurch nicht mehr allzu sehr beeinflußt sind, weil die Verhältnisse und die Entwicklungen eine ganz andere Dimension einnehmen und auch einen ganz anderen Inhalt gewinnen. Es geht darum klarzumachen, daß in Südafrika strukturelle gesellschaftliche Veränderungen stattfinden

müssen, daß dies nur geschehen kann unter breiter Beteiligung der Massen und der revolutionären Organisationen im Lande, daß die Übernahme der politischen und ökonomischen Macht durch demokratisch fundierte Gremien stattfinden muß und das es auf keinen Fall auf eine Teilung hinauslaufen darf: Vetorecht und Ressourcen für die Weißen - Sozialisierung des Elends für die Armen. Das muß das Ziel sein und nicht die Verhandlungen, von denen jetzt die Rede ist, dieser Scheiß-sog.-dialog, dieser Vokabel, der man offenbar überhaupt nicht mehr entkommen kann, weil sie schon so positiv klingt, daß sie fast eine hypnotische Wirkung hat. Ich denke, man sollte sich da nicht täuschen. Die Regierung De Klerk, die neue, aktuelle Regierung, die zwar schon wieder viele Todesurteile vollstreckt hat, wird auf der anderen Seite in einem ziemlichen Tempo -meines Erachtens bis in den März/April `90 hinein- zumindest unterstützen, also die Leute aus dem Establishment, ist klar, daß sie eine moderne kapitalistische Lösung wollen. Und sie sagen auch in ihren Gesprächen, Veröffentlichungen und Papieren, daß sie längst bereit sind, mit dem ANC zu reden, daß sie wissen, daß die Zeit der alten Burenherrlichkeit vorbei ist. Das werden sie verkünden und klarmachen. Das Problem ist, daß diese Politik, diese Ankündigungen schon in den nächsten Monaten international verstanden werden und auch propagandistisch und medienmäßig so behandelt werden, als sei letztendlich das erreicht, wofür seit Jahrzehnten gekämpft worden ist. Das ist ein wichtiger Punkt für jedes Wort, das wir sagen und für jede Aktion, die wir machen. Dazu müssen wir uns laut und deutlich äußern und zwar mit Aktionen, sei es die SHELL-Kampagne oder andere Kampagnen der Art, die klarmachen: antikapitalistischer Protest, strukturelle Veränderungen in Südafrika,



scheinbar, also auf der Ebene der Propaganda und der Diplomatie, mit einem ganzen Bündel sog. demokratischer Maßnahmen hervortreten. Dazu gehört ganz sicher auch, daß ein allgemeines Wahlrecht geschaffen wird mit einer vollen Stimme für jede Frau und jeden Mann und ähnliche Dinge, daß eine ganze Menge der alten Gesetze zurückgenommen werden, daß man ganz klar über die Beteiligung der Schwarzen und ihrer Organisationen an den gesellschaftlichen Einrichtungen diskutieren wird, daß man dies natürlich alles offen lassen wird. Aber für diese neue burische Regierung und die Leute, die sie Übernahme der Institutionen durch demokratisch legitimierte und fundierte Basisorganisationen aus der schwarzen Bewegung sind die einzigen sozialen Inhalte, um die es geht.

Wir sollten das jetzt diskutieren, möglichst mit Folgen diskutieren, mit guten Vorschlägen und eine konkrte Zusammenarbeit beschließen. Jede/r kann dazu etwas machen, auch in der Bundesrepublik bei weitgehender Autonomie und Selbstbestimmung der Gruppen, die es schon gibt oder die sich neu finden sollten. Und bitte nach Möglichkeit nur mit einem Minimum an Koordination.

DIE BEDEUTUNG DES NEUEN AUSLÄNDERGESETZES FÜR FLÜCHTLINGE + MIGRANTINNEN

am 13.12. stimmte das bundeskabinett dem entwurf eines neuen ausländergesetzes zu. bis zum sommer dieses jahres sollen alle schritte , die zu dessen verabschiedung nötig sind, abgeschlossen sein. nachdem die bisherigen entwürfe an widersprüche im apparat und am widerstand gescheitert sind, brauchen sie das gesetz jetzt, um im rahmen der europäischen vereinheitlichung nicht zurück zufallen. das gesetz stellt einen umfassenden angriff auf alle migrantInnen und flüchtlinge dar:

- das ausländerInnen und asylantInnengesetz wird zusammen gefasst
- die bisherigen kompetenzen der länder wie z.b. die duldung einzelner flüchtlingsgruppen; die auszahlung von sozialhilfe usw. liegt nach verabschiedung in der kompetenz des bundesinnenministeriums; die bisherigen kommunalen ausländerbehörden werden nur noch ausführende organe sein, damit wird die konfrontation von der länder - auf die bundesebene verlagert.
- einspruchsinstanzen werden abgebaut.
- es soll ein rotationsprinzip erfolgen. dazu wird eine sogenannte aufenthaltsbewilligung, die zweckgebunden an arbeit oder studium ist und alle zwei jahre verlängert werden muß, eingeführt.
- durch die einführung von noch mehr statussen ergibt sich eine noch grössere hierachiesierung unter flüchtlingsgruppen. gleichzeitig besteht die möglichkeit den status wieder aufzuheben, es besteht nämlich kein rechtsanspruch dadrauf. eine andere form, in die brd zu gelangen, ist die möglichkeit , daß dritte eine achtjährige bürgschaft übernehmen, die jährlich überprüft wird.
- verschärfung der ausweisungsgründe :

als kannbestimmungen: aidserkrankungen, bezug von sozialhilfe, mehrfache bußgelder, wenn sonstige erhebliche intressen der brd beeinträchtigt werden

als regel: nach freiheitsstrafen und wiederholungstaten, als muß - bestimmung immer bei schweren straftaten

- politische betätigung kann verboten werden
- visa zwang für alle nicht eg - länder, auch bei jugendlichen unter 16 jahren
- und für alle gilt , das sie ausreichenden wohnraum nachweisen müssen!

das sind nur einige beispiele aus dem neuen ausländergesetz. dieses gesetz ist nur ein teil einer sich allgemein zuspitzenden situation. dies gilt auch für die bisher privilegierten aus/übersiedler. sie haben ihre funktion für das imperialistische system erfüllt. von daher ist es auch nicht verwunderlich, das gegen sie eine regelrechte kampagne gestartet wird; als lohndrücker, schwarzarbeiter und wohnungswegnehmer. sie werden zu buhmenschen der "nation" gemacht, von rechts sowie auch von links, dort als straighte antikommunisten eingeschachtelt.
diese rassistische spaltung noch vertiefend, kann der rot/grüne senat in aller ruhe sich auf die bevorstehenden massenabschiebungen von polInnen aus west - berlin vorbereiten.auch der vorschlag lafontaines, das vertriebenengesetz außer kraft zu setzen beinhaltet eine relativ einfache möglichkeit in die brd zu immigrieren wird unmöglich gemacht.
ein anderes beispiel sind die geplanten massenvertreibungen von cinti und roma aus der brd.



besonders für frauen wird die verschärfung des eh schon vorhandenen sexismus deutlich spürbar. anmache und gewalt auf der straße nimmt rapide zu, werbekampagnen mit heim und herd ideologien und "kindern die mehr leben ins leben bringen" , bishin zu subtiler oder offener sexistischer werbung. macker und sexist zu sein ist anscheinend wieder gesellschaftsfähig.frauen, die sich dagegen zur wehr setzen, werden immer öfter zur zielscheibe von brutalen übergriffen.

das sind entwicklungen die sich im gesamten westeuropa zeigen: die wahlerfolge der faschisten in vielen ländern sind ein beispiel dafür.
eine andere tendenz ist der zunehmende faschisierungsproß des gesamten eg - apparats. die verschiedenen staaten innerhalb der eg geben ihre nationale souverenität zu gunsten von europäischen entscheidungsgremien bzw. instanzen ab, die keiner kontrolle mehr unterliegen. das sind die beschlüsse der arbeitsgruppen trevi oder schengen, die einrichtungen von dateien wie das schengen informationssystem (sis), die eurobullen, die grenzüberschreitenden einsatzkommandos usw.. jedoch auch andere nicht eg länder werden in diese pläne mit einbezogen. die schweiz beispielsweise beteiligte sich maßgeblich an dem entwurf des erstasylsabkommen, wonach aylanträge nur noch ein einziges mal in einem land geprüft werden sollen. diese entscheidung ist dann für alle mitglieds staaten gültig.

die westeuropäische abschottungspolitik gegen flüchtlinge aus dem trikont ist so gut wie perfektioniert. das hauptintresse des herrschenden mutltikapitals ist hierbei auch ihre profitsicherung. aber auch was jetzt mit der gesetzesverschärfung manifestiert werden soll, ist einer längeren entwicklung vorausgegangen, ist teilweise schon praxis.

ein beispiel hierfür ist die kriminalisierung der politisch aktiven kurdInnen in der brd/westberlin (prozeß in düsseldorf, durchsuchung von botan in westberlin), oder die verschärfte situation nochmal besonders für flüchtlinge und immigrantInnen auf dem arbeits und wohnungsmarkt, haüfige abschiebungen von sogenannten straftätern, die nur noch willkürliche auszahlung von sozialhilfe für manche gruppen (z.b. bei duldung)...

der kampf gegen ausländergesetze ist für uns mehr als der sozialarbeiterische ansatz, etwas für flüchtlinge zu tun.
die gesetze beinhalten in ihrem kern die aufteilung nach verwertbaren und überflüssigen menschenmatrials, ausgewählt und eingeschachtelt in ein hieraisches system; überwacht nach der zuckerbrot und peitsche methode sollen sie voneinander isoliert und vereinzelt werden, jeglicher ansatz der eigenen organisation soll erstickt werden.
die gestze sind ausdruck und beispiel dessen was, wenn vielleicht nicht ganz so schnell und subtiler, mit der umschichtung dieser gesellschaft erreicht werden soll - die einteilung nach verwertbarkeit, integration und befriedung oder ausgrenzung bzw. tod.
der kampf gegen sie ,der gegenseitige bezug der kämpfe aufeinander sind teil gegen die imperialistischen formierungsbestrebungen, gegen die pläne der herrschenden, gegen das grOßraumprojekt eupa, in seiner ganzen faschistischen kontinuität



Kapital freigegeben war. Das Bild Südafrikas, das ich jetzt ein bißchen negativ darstelle und das zu kritisieren wäre, ließ eine ganze Menge vermissen.

Und darauf müssen wir schon zu sprechen kommen, wenn wir neue Kampagnen und neue Initiativen beschließen. Die Vielfalt fiel weg und auch besonders die Eigenart des Widerstands in Südafrika. Stattdessen wurde meist ein sehr monolithischer ANC vorgestellt, als Block, der er in Wirklichkeit gar nicht ist. Die konkrete gesellschaftliche Verfassung in Südafrika ist bis heute nur von gewissen Experten oder Leuten, die sich intensiv damit beschäftigen, zur Kenntnis genommen worden. Ich denke, es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen gesellschaftlicher Verfassung, zwischen sozi-ökonomischer Struktur und Rassengesetzen, die natürlich zu verurteilen sind, aber nicht gleichbedeutend sind mit gesellschaftlicher Verfassung. Dann die ganzen anderen sozialen Ungleichheiten und Unterschiede: zwischen den Homelands im nördlichen Teil Südafrikas, zwischen den Arbeitersiedlungen in Port Elizabeth, zwischen Wanderarbeitern und saisonalen Facharbeitern, zwischen den schwarzen weiblichen Hausangestellten in der Stadt und auf dem Land, zwischen der Dominanz der weißen Intellektuellen im Widerstand und in den Kirchen und auf der anderen Seite den Aktivitäten von wirklichen Basisgruppen etwa in der Gegend um Kapstadt. All diese Dinge sind hier kaum rübergekommen und sind in ihrer Eigenart, Unterschiedlichkeit und auch in ihrer konkreten Ausdrucksform als Basiswiderstand selten diskutiert und an den Rand geschoben worden.



Übrig blieb schließlich nur die Auseinandersetzungen über die grobe unmittelbare polizeilich-militärische Zwangsgewalt. Viel weniger wurde die gesamte subtile Gewaltförmigkeit, der Rassismus der Apartheidsgesellschaft. Einer Gewalt und eines Rassismus, der sich längst verselbständigt hat, der nicht nur bei Aufständen dann stattfindet, wenn die weißen Buren und Bullen in die Townships einbrechen. Sondern der sich auch in der schwarzen Gesellschaft, in den schwarzen Communities, in den Elendsvierteln selber schon in gewisser Weise verselbständigt hat. Wenn man nur ein Bild zeichnet, das nur Buren kennt, rassistische Gesetze und auf der anderen Seite den ANC, dann ist es nicht nur sträflich mangelhaft, da fehlt nicht nur etwas, das ist nicht nur oberflächlich, sondern ich glaube - und damit komme ich auf die aktuelle Entwicklung in Südafrika in der letzten Zeit zu sprechen -, daß ein solches Bild sich für die Solidaritätsbewegung hier, aber auch in Südafrika furchtbar rächt.

Von Apartheid im herkömmlichen Sinne, so wie das immer beschrieben worden ist, ist eigentlich gar nicht mehr die Rede. Wenn man in letzter Zeit mit Funktionären oder Kadern oder Mitgliedern des ANC spricht, dann reden sie überhaupt nicht mehr über Apartheid, sondern nur noch von Post-Apartheid und meinen damit schon jetzt die Zeit danach, obwohl die noch gar nicht angebrochen ist. Genau so reden in ihren Verlautbarungen die burischen Diplomaten und Politiker. Allenthalben ist die Rede von Post-Apartheid, ist die Rede davon, man müsse sich jetzt schon auf die Zukunft einstellen und Möglichkeiten und Wege finden, das auszugestalz-

K E I N   F R I E D E N   M I T   D E N   B A N K E N

Vorwort der Prozeßgruppe zum Prozeß gegen Gabi, Siggi, Stephan und Sven in Frankfurt aus der 0 – Nummer des Prozeßinfos

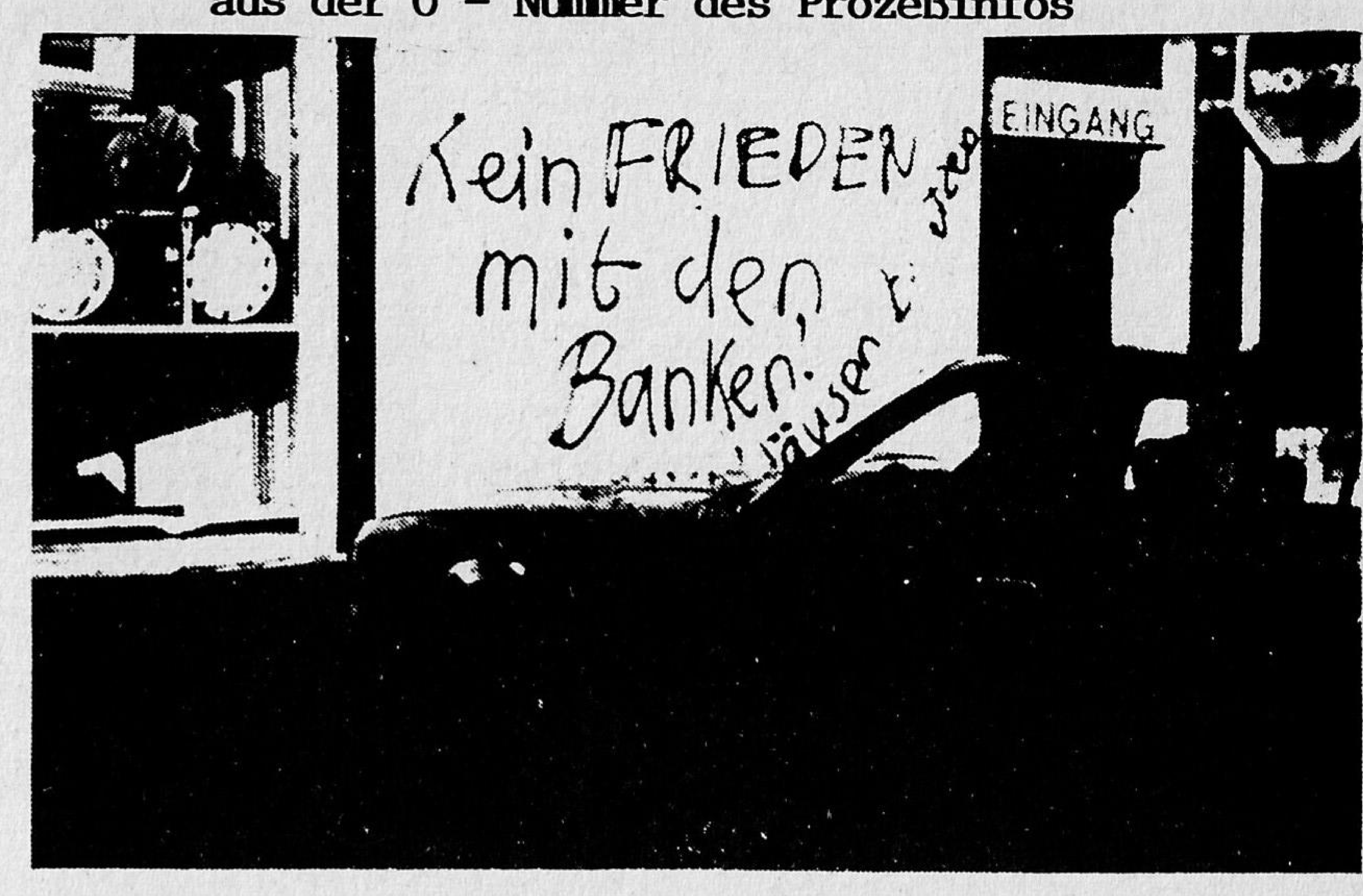
WAS WIR UNS VORSTELLEN:

Am Freitag, 16. Februar 1990 wird der Prozeß gegen Sven, Gabi, Siggi und Stephan vor dem 4.Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt beginnen. Der 4. Strafsenat mit seinem Vorsitzenden Adam ist aus anderen politischen Prozessen (§129a-Verfahren gegen vier Leute aus Rüsselsheim 1985, gegen einen Genossen aus Hanau wg. Radikal 1987 und Revisionsverfahren gegen Gisela Dutzi 1987) bekannt.

Seit dem 31.10.89 gibt es die Anklage gegen die vier. Sie umfasst fünf Punkte:
1. Schwere Brandstiftung (Zitat: "Eine Räumlichkeit, welche zeitweise zum Aufenthalt von Menschen dient, und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen sich in derselben aufzuhalten pflegen, in Brand gesetzt zu haben."StGB)
Die Bundesanwaltschaft behauptet daß während des Angriffs "245 Bedienstete sowie etwa 50 Prüflinge" im Börsengebäude gefährdet. waren.
2. Körperverletzung (Verprügeln des Pförtners)
3. Sachbeschädigung (Zerstörung von Terminals usw.)
4. Verstoß gegen das Waffengesetz (Mollis, Leuchtmunition)
5. §129a, Unterstützung der RAF

Die BAW behauptet, der Angriff hätte den "organisatorischen Zusammenhalt in der RAF" gestärkt, indem sich die "spektakuläre Aktion an den Zielen der RAF ideologisch ausgerichtet" habe.Zur Untermauerung dieser Behauptung werden Textpassagen aus dem Kommunique zur Börse neben Zitate aus Kommuniques zu den Angriffen auf den Diplomaten von Braunmühl 1986, den Finanz-Staatssekretär Tietmeyer im September 1987, dem Fraunhofer Institut und der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie dem RAF-Papier "Guerilla und Widerstand - eine Front" gestellt.
Weiter wird in der Anklage aufgeführt,daß die zwei Genossen und die zwei Genossinnen das frankfurter Grünenbüro mit besetzt hätten, daß sie regelmäßig Besuche bei politischen Gefangenen gemacht, und engen Kontakt zu ehemaligen Gefangenen aus der Guerilla hätten. Auch, daß in der Wohnung von Sven und Gabi einige Nummern der " Zusammen Kämpfen " gefunden wurden.

Wir haben uns zusammen getan, um gegen diesen Prozeß zu arbeiten und eine konstruktive Auseinandersetzung an der Aktion, an revolutionärer Politik und Perspektiven zu beginnen. Wir alle kennen die vier Genossen und Genossinnen und sie fehlen uns hier draußen!



Wir brauchen die Solidarität von Vielen, damit wir zusammen ein klammheimlich durchgezogenes Gerichtsverfahren verhindern können.

Wir haben eine politische Nähe zu diesem Angriff weil darin offensiv versucht wurde Gegenmacht aufzubauen. Die in der Erklärung formulierte Notwendigkeit von verbindlichen Strukturen und dem Zusammenbringen von eigener Umwälzung, Analyse und Praxis spricht uns aus dem Herzen und trifft bei uns auf ähnliche Erfahrungen.

Der Angriff richtete sich gegen die frankfurter Börse als ein Organisierungsmittel des westeuropäischen Finanzkapitals. Es ist ein Angriff auf die Bedingungen, die sich das Kapital weltweit schafft, um Ausbeutung und Unterdrückung zu koordinieren und zu intensivieren.

Die Aktion, die am 71. Tag des zehnten kollektiven Hungerstreiks der kämpfenden Gefangenen stattfand, ist umstritten.
Während dieser zugespitzten Phase des Hungerstreiks, kurz vor dem Aussetzen von Christa Eckes und Karl-Heinz Dellow, in der es kaum Diskussion über die weitere Perspektive innerhalb des Hungerstreiks gab und allgemeine Ratlosigkeit um sich griff, war der Angriff auf die Börse konkret und zielgerichtet.

Mit der Aktion wurde eine neue Vorstellung wie revolutionäre Politik weiter gehen kann, praktisch formuliert. Gerade deshalb gibt es viele Fragen und Kritik, die zum Teil nicht mal artikuliert sind, weil keine offene Auseinandersetzung daran stattfindet.Die aber brauchen wir, um der Frage unserer Organisierung näher zu kommen. Offene Auseinandersetzung erfordert die Bereitschaft sich gegenseitig ernst zu nehmen. Von da aus können wir überlegen, was zusammen machbar ist.

Die Tatsache, dass es Verhaftungen gab, ist z. B. ein Moment von Kritik. Wir finden es aber wichtig, dass das Ziel einer solchen Kritik nur sein kann aus Fehlern zu lernen und damit nicht die Ziele und Inhalte der Aktion wegzumachen.

Auch wir stehen mit unseren Diskussionen noch am Anfang.Das Verbindende zwischen dem Ziel der Aktion und uns ist aus der subjektiven Realität von Unterdrückung und Entfremdung an Gegenstrategien zu überlegen und uns über die Zusammenhänge klar zu werden.Der in der Erklärung verwendete Begriff der Gegeneinkreisung heißt genau, daß diese verschiedenen Strategien zu einer gemeinsamen Wirkung kommen.

Wir werden vor und während dem Prozeß ein Prozeßinfo "Kein Frieden mit den Banken" machen, von dem ihr gerade die Nullnummer in der Hand haltet. Dieses Prozeßinfo soll auch das Forum für die erwähnte Diskussion sein.

Wir fänden es gut, wären begeistert und neugierig, wenn sich in möglichst vielen anderen Städten Initiativen zum Prozeß bilden würden. Also Gruppen, in denen der Prozeß der Angriff auf die Börse und dessen Inhalt diskutiert wird. Gruppen mit denen wir in einen Austausch und wenn möglich auch gemeinsamen Diskussionsprozeß treten können, wobei wir uns nicht vorstellen von Frankfurt aus eine bundesweite Struktur zu organisieren. Gruppen die über den Prozeß Informationen verbreiten und den HERRschenden ihr Kalkül zertreten Gabi, Siggi, Sven und Stephan reibungslos verurteilen zu können.
Wir brauchen die Diskussion an dem Prozeß und der Aktion – überall!
Wir werden den Prozeß begleiten, dokumentieren und darüber informieren.

„DER MENSCH BLEIBT AUF DER STRECKE"

Auch im zweiten Teil des SPORTS-Gesprächs bekennt sich Boris Becker zu Einsichten, die ihm neue Freunde, aber auch Feinde bescheren werden

SPORTS: *Lieber Boris, du hast ja mit deinen Äußerungen zur Hafenstraße und damit, daß du nicht mehr für die BRD die gelben Bälle über das Netz schmettern wirst, einigen Staub aufgewirbelt. Kannst du uns vielleicht mal kurz erzählen, wie es zu dieser überraschenden Wende in deinem politischen Werdegang gekommen ist.*

BORIS : *Nun, das ist ja alles ein bißchen kompliziert und nicht so mit zwei, drei Sätzen zu erklären. Also alles angefangen hat ja mit der Karin, als ich sie kennengelernt habe und wir uns auch mal unterhalten haben, ja sozusagen, früher hätte ich noch gesagt, so von Mann zu Mann. Und sie hat mir dann die Augen geöffnet, daß Geld nun nicht alles ist und es doch soviel Ungerechtigkeit in der Welt gibt. Davor kam ja noch bei meinen Spielen in Südafrika, wo ich erstmal geglaubt hatte, auch für die Schwarzen, früher waren das ja auch noch "Neger" für mich, und ich hab da immer an diese Sammelbüchse vor der Weihnachtskrippe in unserer Pfarrkirche denken müssen, da war also so ein armes "Negerkind" draufgesessen und das hat immer so zum Dank mit dem Kopf genickt, wenn wir Kinder da was reingeschmissen haben, und also denen da ein bißchen Abwechslung in ihr karges Leben bringen zu können. Und da mußte ich dann feststellen, da gibt es ja gar keine armen "Negerkinder", sondern nur dicke fettgefressene Weiße, die mir da zugejubelt haben. Und das hat mir doch sehr zu denken gegeben, und da wollt ich mich halt mal ein bißchen informieren, als ich wieder zu Hause war, und bin zu unserem Pfarrer gegangen, der hatte ja in seinen Sonntagspredigen immer sehr oft von den Hungernden in Afrika geredet. Aber das war doch eher enttäuschend. Außer ein paar salbungsvollen Sprüche, daß ja jede hier auf Erden ihren Platz hat, also es schon seine Richtigkeit hat, daß die einen an Übergewicht und die anderen an Unterernährung verrecken, und daß es dann im Paradies sowas wie 'ne ausgleichende Gerechtigkeit geben würde, von wegen Fegefeuer und so, war da nicht viel rauszukriegen.*
Und dann ist mir in Monaco Karin über den Weg gelaufen, und sie sieht ja schon nicht schlecht aus, und zuerst dachte ich, ja, das würde sich gar nicht so schlecht machen, mal wieder ne neue Freundin, dann hätten ja alle wieder was zu tratschen und ich hätte erst mal wieder ein bißchen meine Ruhe. Und mit der hab ich dann viel geredet und die hatte schon eine Menge an Büchern und Broschüren, die ja schon etwas genauer beschreiben, was in der Welt los ist, als es die Bildzeitung tut.
Und daß ja auch so ne Konzerne wie Deutsche Bank oder Daimler Benz, die mich ja auch sehr gerne für ihre Werbung, so als Musterbeispiel für deutsche Tüchtigkeit, vermarktet haben, daß also diese Firmen, die nach außen so auf ihre saubere Weste bedacht sind, doch bei allen ihren Geschäften über Leichen gehen. Hauptsache, die Profite stimmen.

SPORTS: *Nun, du wirst aber doch dafür sicher nicht deine ganze sportliche Karriere aufgeben wollen?*

BORIS: *Nun, das ist eine ziemlich zweischneidige Sache, zum einem hab ich ja, wenn ich weiterhin Sport machen und vor allem ganz oben beim Tennis mitmischen will, gar nicht die Zeit, mich um die Dinge zu kümmern, die im Moment politisch wichtig sind, andererseits hat es ja leider ein ganz anderes Gewicht und ein ganz andere Öffentlichkeitswirkung, ob ein Weltranglistenerster oder sonst wer plötzlich extreme Inhalte vertritt. Von daher wäre es sicher ganz sinnvoll, erstmal weiterzumachen und diese Möglichkeit zu nutzen, andererseits ist es natürlich eine recht einfache Sache zu sagen, man findet die Hafenstraße, bzw. die Leute und was die da machen gut und richtig, und eine ganz andere, auch das alles so für sich zu kapieren und zu vielen Dingen sich eine Meinung zu bilden, weil doch alles sehr kompliziert ist. Nimm doch nur mal Südafrika, da gibt's ja jetzt auch verstärkt diese Kampagne Shell raus aus Südafrika oder auch, daß die Banken ihre Geschäfte da beenden sollen, um das Ende der Apartheid zu erzwingen. Wär ja auch schön und gut, wenn das wirklich damit möglich wäre, aber es stellt sich gleich die Frage, was passiert danach? Wahrscheinlich werden dann doch die Reichen einfach nur unter veränderten Bedingungen, und die, wie ich glaube, in diesem Fall nach Abschaffung der Apartheid womöglich für sie sogar noch besser sind, den Großteil der Bevölkerung ausbeuten. Und damit ist doch gar nicht soviel gewonnen.*

FELICI



„Ehrlich: Das war eine spontane Geste. Da der Papst mir damals noch viel bedeutete, empfand ich das Ganze als Segen für meinen rechten Arm"

SPORTS: *Was glaubst du könnte denn dann in die richtige Richtung führen, also, wenn ich dich richtig verstanden habe, weg von so "reformistischen" Kampagnen wie Shell to Hell, zu einer Abschaffung und nicht bloßen Modifizierung der Ausbeutungsverhältnisse*

BORIS: *Das ist natürlich eine sehr schwere Frage, aber erstmal möchte ich ja diese Anti-Apartheids-Aktionen nicht so runter machen, wie du das jetzt formuliert hast. Man muß natürlich eine Öffentlichkeit und ein breites Bewußtsein schaffen, aber bei der Friedensbewegung hat das ja auch noch nichts geholfen, allein durch Öffentlichkeit und Flugblätter ändert sich irgendwie noch nichts. Irgendwie muß es doch möglich sein, auch hier bestimmte Verhältnisse zu ändern. Und das ist hier im Westen ja natürlich wesentlich schwieriger, als das jetzt in der DDR und in ein paar anderen Staaten des Ostblocks vor sich gegangen ist. Bei uns werden Kohl und die anderen nicht gehen, wenn ein paar Hunderttausend auf die Straßen gehen und "Wir sind das Volk" schreien. Sie rücken ja nicht mal von einem ihrer Projekte ab, auch wenn sie das in ihrer Existenz gar nicht angreift, was ja die Proteste hier, als Tschernobyl hochgegangen ist, gezeigt haben.*

SPORTS: *Na, zu diesem Bereich gab es doch damals auch viele andere Aktionen, bei denen ja nicht nur die Menschen auf die Straße gegangen sind, sondern auch Sachen, bei denen es ganz handfest den Verantwortlichen, also u. a. den Stromkonzernen, ans Leder ging.*

BORIS: *Jaja, ich weiß schon, auf was du raus willst. Aber ich hab damals ja von den ganzen Sachen nicht soviel mitbekommen. Nur als bei uns in Leimen ein Anschlag auf die größte Firma hier, die Heidelberger Zement, war, die ganz kräftig an dem Bau der WAA in Wackersdorf mitverdient hat, haben sich hier doch alle sehr darüber aufgeregt. Und es war ja schon sehr schwer verständlich, was das sollte. In den Zeitungen hier gab's nur das übliche Gehetze, und so 'ne Erklärung ist, wenn sie überhaupt irgendwie unter die Bevölkerung kommt, doch immer sehr schwer verständlich, selbst wenn sich die Attentäter große Mühe geben. Ich fand das ja auch ziemlich doof, aber man kann das ja auch gar nicht kapieren, wenn man so ganz anders lebt und das alles soweit weg von seinem Alltag ist.*

SPORTS: *Und jetz findest du so'ne Anschläge o. k.?*

BORIS: *Irgwendwie, weißt du, ich bin da unheimlich zerrissen, weißt du, einerseits schon, aber andererseits, wenn du in der Situation steckst, die dir ja sicherlich ziemlich fremd ist, daß dir so'ne Firma auch teilweise gehört, also du ein Großteil deines Vermögens in so'ne Firmen, die halt nicht so toll sind, investiert hast, was machst du dann? Dann geht so ein Attentat doch auch direkt gegen dich?*

SPORTS: *Mmh*

BORIS: *Ja, ich könnt ja meine Millionen einfach auf dieses Konto spenden, womit für die Waffen für El Salvador oder wie dieses Land heißt, gesammelt wird, aber dann hab ich ja nichts mehr, wovon soll ich dann leben?*

SPORTS: *Aber auch das Geld aus einer Firma herauszunehmen ist ja problematisch, denn das Geld, das du in jedem Turnier bekommst oder das du mit deinen Aktien verdienst, kommt auch von kapitalistisch organisierten Firmen. Und diese Firmen können so viel Geld auch nur ausschütten, weil sie hier genauso wie in Südafrika ArbeiterInnen ausbeuten.*

BORIS: *Jaja, das habe ich auch schon gehört. Das hat mir die Karin auch genauer erklärt, das heißt Mehrwert, der von den Arbeiterinnen und Arbeitern ausgepreßt wird. Und in Südafrika gibt es noch Extra-Profite, aber das weiß ich nicht mehr so genau warum. Das steht alles bei Karl Marx drin, auf den mein Manager immer so schimpft. Eine Lösung wäre ja, wenn ich nicht mehr soviel Geld verdienen würde, sozusagen genauso viel wie alle anderen auch fürs Arbeiten. Bloß solange es noch welche gibt, die mehr verdienen, ist das doch Quatsch.*

SPORTS: *Du lebst ja, wie wir das alltäglich in der taz lesen, in einer Welt, in der du sicher mit deiner Meinung einen schweren Stand hast?*

BORIS: *Ja, das wird immer mehr zu einem Problem für mich. Und ich hab mich jetzt auch mal umgeguckt bei Leuten, wo ich gedacht habe, die könnten ganz interessant sein. Aber das ist ziemlich schwierig, wenn man so bekannt ist wie ich und auch so ein Ruf vorauseilt. So bin ich auch zur Hafenstraße gekommen, aber die haben mich die ganze Zeit damit aufgezogen, ich würde aussehen wie Boris Becker. Naja, irgendwie war das da nicht so toll, da waren so viele breitschultrige Männer, die mit ihrer Bierflasche in der Hand hinterm Fernseher gehockt haben. Da habe ich dann so ne Zeitung aus Berlin in die Hand gekriegt, ich weiß nicht mehr, wie die hieß, aber die haben auch für dieses Konto "Waffen für El Salvador" gesammmelt. Und auf der Rückseite war so ne Werbung für einen Ball. Vielmehr hab ich ja von dem Plakat nicht verstanden gehabt, aber es hat mich ja so rein optisch so angesprochen, also ich nichts wie meine Sachen zusammengepackt, man hat ja auch immer so einen Haufen Kram. Na und daß die mich nicht so verarschen, weil ich nun mal wie Boris Becker aussehe, hab ich mich ein bißchen zurechtgemacht. Und hat auch wirklich hingehauen. Hat keine gemerkt. Am Anfang war's ja ziemlich komisch, am Eingang brüllte so ein Typ immer was von irgendwelchen Losabschnitten, die man gut aufbewahren solle. Und dann hat mich einer gefragt, ob ich schwul wäre, wär ich ja im Leben nicht drauf gekommen, nur wegen n'bißchen Kajal und was Nettem zum Anziehen. Also ich, ne, wie kommst denn dadrauf? Und dann ham se mir meinen kleinen Fingernagel schwarz lackiert und was von Heteroausgleichsabgabe oder so ähnlich gefaselt. Und dann gings los. Es war ja so schön: Wenn ich mal meine Karin dabei gehabt hätte, da hätt sie was zu staunen gehabt. Ich bin selbst nicht mehr aus dem Gucken rausgekommen. Ja und dann war ich ja doch froh, daß meine Karin nicht dabei war.*

SPORTS: *Wir danken dir für dieses Gespräch.*

Denken heißt Nachdenken

oder was einfach nicht passieren darf !!!
In der Interim Nr.86 vom 18 Jan. 90 wird in der Erklärung zur Sylvesternacht der Name eines Festgenommenen abgedruckt und in einem bestimmten Zusammenhang erwähnt [redacted]. Wer nimmt sich das Recht dieses OHNE Absprache mit dem Festgenommenen oder dessen Anwalt zu tun. Märtyrertum ist in diesem Sinne nicht erwünscht und schadet der Verteidigung. Zu der Erklärung an sich: ziemlich große Worte, die letztendlich keinen Boden unter den Füßen haben - sprachlich sehr sprunghaft (z.B.Polizei-Bullen) und zusammengekleistert-Guerilla und Massenmilitanz eine Kopfgeburt !? Zudem sitzen oder saßen 2 Menschen im Knast, von denen nur einer namentlich erwähnt wurde.
Dilettantische Arbeit zu einem hoffentlich niedrigem Preis!

Absolut letztes IWF-Prozeßgruppentreffen

DIENSTAG **6.Februar, 19.00 Versammlungsraum** (Mehringhof)

Wir treffen uns seit ca. 1 1/2 Jahren mehr oder weniger regelmäßig, um Knete für die anfallenden und angefallenen Prozeße anläßlich der Anti-IWF-Kampagne aufzutreiben und umzuverteilen, um wenigstens die finanziellen Folgen nicht der individuellen Kohlebeschaffung zu überlassen.

Wer also noch Knete braucht oder bereits welche bekommen hat, soll bei diesem Treffen persönlich oder durch eine vertretende Person anwesend sein.
Wir wollen endlich einen Umverteilungsmodus entwerfen und dazu brauchen wir einen Gesamtüberblick über die an fallenden Anwalts- und Prozeßkosten.
Alle späteren Anfragen werden nicht mehr berücksichtigt!!
Sagt den Termin also bitte an Betroffene weiter.

Desweiteren laden wir alle Gruppen, Vereine, Einzelpersonen, die für die Prozeßkosten noch Geld zur Verfügung stellen können, zu dem Treffen am Dienstag ein. Geldspenden können auch beim Ermittlungsausschuß abgegeben werden.
(EA, Gneisenaustr. 2a/Mehringhof, Konto :
Sonderkonto Schmidt Klaus, 2o6 10 - 106, Postgiro 100 100 10).

EL SALVADOR LIBRE
SPENDENAKTION

eine woche ist ein anfang,



aber lange noch nicht genug!!

darum:



»Wo sollen wir Samstag alle hingehen?«
3.2.90 21Uhr

Fete + Volxdisco
ESSEN GETRÄNKE
evtl. FILME ÜBERRASCHUNGEN



Donnerstag, 1. 2.

18.00 Offener Strafvollzug - Anspruch und Realität - Video und anschließend Diskussion. Die Veranstaltung ist die Fortsetzung einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe zum Thema Strafvollzug. Im Hörsaal II, Fachbereich Rechtswissenschaften, Van't-Hoff-Straße 8.

19.00 "Die letzte Metro" Während der deutschen Besatzung von Paris wird im Theater "Montmatre" ein neues Stück geprobt. Da der Leiter - Deutscher und Jude - sich im Keller versteckt halten muß, versucht "seine?" Frau die Gefahren der politischen Lage und menschlicher Komplikationen zu meistern und das Theater weiterzuführen. Im El Locco.

21.00 "Ingo's Interview oder die Eitelkeit des Fernsehens" Die Vorgeschichte dieses very-low-Budget- Films beginnt mit einer Begegnung in Costa Rica, wo du für das Fernsehen in der BRD einen Dokumentarfilm über die Tagelöhnerfamilie Mendez vorbereitest. Weil Ronald Reagan auch gerade da ist, machst du ganz nebenbei einen Kurzbericht über seinen Besuch in Zentralamerika. Und an Der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua wird geschossen. Ingo, Journalist in Costa Rica stellt die Fragen, die unangenehmer sind als deine eigenen Fragen. Das Interview erweitert sich zu einem Gespräch. Im El Locco.

21.00+23.00 Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus: **"Prostitution - der Weg zum Nil?"; "Mugiere for Export"; "Wir Thaifrauen"** und **"Das Geschäft mit den Leibern"**. Im Kino im K.O.B, Potsdamerstr. 159. Für Männer und Frauen.

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 2. 2.

19.00 Solikonzert für Südafrika mit Vogelsang, The Ex, Dirty District und Chumbawamba in der Alten TU Mensa, Hardenbergstr. Eintritt 10,-.

21.00 "Die Glorreichen" Thweaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

21.30 "Lügen haben lange Beine" Ein Video über die taz bei der Arbeit. In der Kirche von Unten, Elisabethkirchstr. 21.

23.00 "Die letzte Metro". Siehe 1. 2. Im El Locco.

jeden Freitag

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 3. 2.

13.00 Ausländergesetze sind Ausgrenzungsgesetze. Demo am Adenauerplatz.

21.00 "Die Glorreichen" Siehe 2. 2. Im El Locco.

21.00 Fete und Volxdisco fürs Waffenkonto. In der Marchstr. 23

23.00 "Die letzte Metro". Siehe 1. 2. Im El Locco.

jeden Samstag

Frauentag im Infoladen **Lunte**, Weisestr. 53.

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 4. 2.

19.00 "Käte Kollwitz", Video, BRD, 1983, 45 min.. Im El Locco.

19.30 Frauenabend im Syndikat, Weisestr. 56. Siehe S. 2.

21.00 "Südafrikanische Gesichter" Kurzfilme junger Filmemacher(Innen?) berichten aus ihrem eigenen Leben in Südafrika. Im El Locco.

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

20.00 Film im EX, diesmal: **"Hände über der Stadt"** Dieser Spielfilm zeigt die schon 1963 betriebene Zerstörung und Umstrukturierung der Städte. Gneisenaustr. 2a

jeden Montag

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 6. 2.

18.00 "1984" Der visionäre Film zeigt das erschreckende Zukunftsbild einer durch und durch totalitären Gesellschaft, die bis ins letzte Detail durchorganisierte Tyrannei einer autoritären Staatsmacht. Im SchülerInnencafe Hohenzollernring 16, 1/20.

19.00 "Samba, Samba". Ein Film über die politische Bewegung '82 und '83 in Berlin. Ein Film über die Friedensbewegung, reizende Chaoten und andere KämpferInnen. Im El Locco.

21.00 "Die lange Hoffnung". Clara Thalmann und Augustin Souchy erzählen auf einer Reise durch Katalonien wo und wie sie beide zwischen 1936 und 1939 aktiv an den Kämpfen gegen Franco und an der Kollektivierung der anarchistischen CNT teilgenommen haben. Im EL Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00-22-00 Ermittlungsauschuß (EA), Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 7. 2.

17.00 "129a als juristisches Mittel gegen kurdische Befreiungskämpfer" Flugblattvideo der Medienwerkstatt Linden. Im El Locco.

19.00 "Die letzte Metro". Siehe 1. 2. Im El Locco.

20.00 "Wie national wirken die globalen Probleme? - Das Szenario DDR in der weltweiten Verflechtung" Veranstaltung des Bildungswerkes für Demokratie und Umweltschutz mit ReferentInnen aus Ost-Berlin. In der Zeughofstr. 20.

20.00 "Paul Jacobs und die Atombande". Ein amerikanischer Journalist beschäftigt sich mit der Atomindustrie und Unfällen in Atomfabriken. Er kommt einem Skandal auf die Spur. Unter rätselhaften Umständen stirbt er... Ist es Zufall? Im A-Laden, Rathenower Straße 22

21.00 "Ingo's Interview oder die Eitelkeit des Fernsehens". Siehe 1.2. Im El Locco.

Mi.+Do. 21.00+23.00 Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus: **"Foreign Bodies"**. Im K.O.B. **Nur für Frauen und Lesben!**

jeden Mittwoch

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube,Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 Treffen der Immernochvolkszählunsboykotteurinnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Donnerstag 8. 2.

17.00 "Sofortige Auflösung des Militärs und des Verfassungschutzes" Video zur Entmilitarisierung der Gesellschaft mit anschließender Diskussion. Im El Locco.

BOYKOT SOUTHAFRICA –STOP APARTHEID !

SOLIKONZERT MIT:

VOGELSANG
THE EX
DIRTY DISTRICT
CHUMBAWAMBA

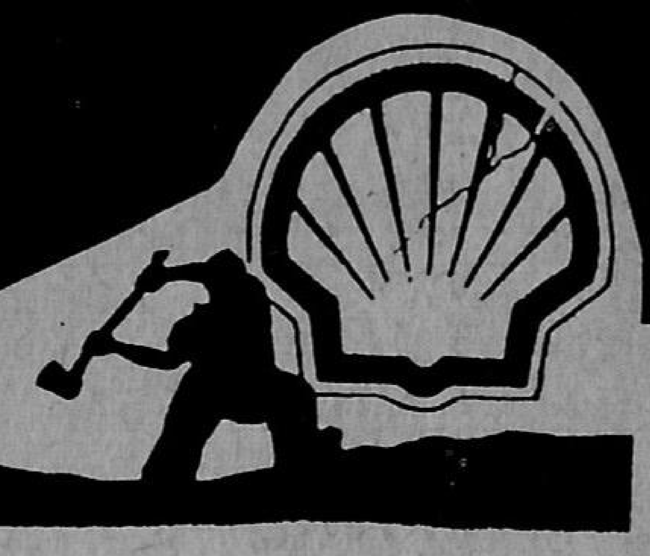


2.2.

ALTE TU MENSA

10 DM

19⁰⁰



AND DONT FORGET TO KILL A MULTI